



## INHALT

- 2 **MIT Nordrhein-Westfalen**  
„Bewusstsein dafür schärfen, wie gut es uns geht“
- 5 **MIT Baden-Württemberg**  
„Wieder klare Kante zeigen“
- 6 **MU Bayern**  
Coburger Beschlüsse der Mittelstands-Union
- 8 **MIT Berlin**  
Grünkohlessen am Ku'damm  
**MIT Hessen**  
EU-Paket eher nur eine Postkarte  
**MIT Sachsen**  
Nachruf auf Rainer Weißbach
- 9 **MIT Saarland**  
Starke Vertretung im neuen Landtag  
**MIT Sachsen-Anhalt**  
Harald Kremer wiedergewählt  
**MIT Schleswig-Holstein**  
Neuer Landesvorsitzender ist Stefan Lange  
**MIT Thüringen**  
Traditionelles MIT Schlachteessen
- 10 **MIT Niedersachsen**  
Gegen Rekommunalisierung
- 11 **MIT Mecklenburg-Vorpommern**  
Frühlingsfest des MIT-Kreisverbandes Schwerin
- 12 **MIT Rheinland-Pfalz**  
Klartext im Gartencenter  
**MIT Hamburg**  
23. Politischer Aschermittwoch



## Coburger Beschlüsse der Mittelstands-Union

**Coburg.** Der CSU-Wirtschaftsflügel drängt auf Entlastungen für Mittelstand und Mittelschicht. Dazu sagte der MU-Vorsitzende der CSU-Mittelstands-Union, Dr. h.c. Hans Michelbach, nach einer Klausurtagung des MU-Landesvorstandes in Coburg: „Die Union gewinnt die Bundestagswahl bei den Leistungsträgern in der Mitte. Deshalb müssen wir ihnen ein echtes Angebot machen – und das bedeutet: von Steuern, Abgaben und Bürokratie entlasten! Das unterscheidet uns fundamental von der SPD, die mit ihrem Kandidaten nur das Ausgeben kennt. Die SPD und Martin Schulz wollen eine Rückkehr in die Schuldenpolitik zulasten Deutschlands in Europa und eine Mehrbelastung für Bürger und Betriebe – mit dem Ergebnis Rückfall in die rot-grüne Massenarbeitslosigkeit.“

Der Landesvorstand der Mittelstands-Union beschloss in Coburg seine Vorschläge für ein Unions-Wahl- und Regierungsprogramm: Dazu gehören Entlastungen bei Steuern und Abgaben, Reformen im Renten- und Arbeitsrecht sowie ein breiter Regulierungsabbau.

So sollen künftige Steuererhöhungen zu je einem Drittel für Schuldenabbau, Steuerentlastungen und Investitionen eingesetzt werden. Kleine und mittlere Einkommen sollen durch die Abschaffung des Soli, die Beseitigung der kalten Progression und die Einführung eines linear-progressiven Einkommenssteuertarifs entlastet werden. Steuererhöhungen und neue Steuern werden ausgeschlossen. Weiter sollen etwa Abschreibungsmöglichkeiten und -bedingungen für Gewerbe- und Wohnimmobilien verbessert werden.

Im Arbeits- und Rentenrecht setzt die Mittelstands-Union auf mehr Flexibilität. So soll an die Stelle der Tageshöchstgrenze bei der Arbeitszeit eine Wochenhöchstgrenze treten. Das starre gesetzliche Renteneintrittsalter soll im Interesse eines selbst bestimmten Eintritts in den Altersruhestand fallen. Die MU fordert die Rücknahme der Vorfälligkeit (vorgezogene und somit Doppelabrechnung) der Sozialbei-



Christian von Stetten mit v.l. Bernhard Kösslinger, Peter Götz, Hans Michelbach, Peter Erl



Dr. Markus Söder mit v.l. Peter Götz, Hans Michelbach, Peter Erl, Thomas Schmatz



Gudrun Zollner, MdB, Ulrich Graf von Arco-Zinneberg, Prof. Dr. Elmar Forster, Dr. Thomas Geppert, Birgit Rößle



V.l. Birgit Rößle, Dr. Robert Pfeffer, Lara Polster, Christian Nowak, Andreas Eisele, Ingrid Bauernschuster



V.r. Uschi Oehrlein, Wolfgang Heim, Axel Altstötter, Jutta Leitherer, Dirk Reinhold, Tibor Brumme, Ingrid Weindl, Stefan Prechtl, Christian Hübner, Peter Wilfarth



Dr. Markus Söder mit v.l. Franz Scherl, Gudrun Zollner, MdB, Peter Erl, Graf Ulrich von Arco-Zinneberg, Hubert Girschtzka



Hans Michelbach mit Dr. Eberhard Lasson, Ilse Aigner, Wolfgang Becher, Birgit Rößle



Ilse Aigner mit v.l. Richard Graßl, Walentina Dahms, Bernhard Kösslinger, Lydia Mair, Dr. Thomas Geppert

träge – als massiver Beitrag zum Bürokratieabbau. Dies hatten CSU-Parteitage bereits mehrfach beschlossen. Die MU lehnt eine Aufgabe der Demographiefaktoren in der Rentenversicherung ab und fordert eine „Abgabenbremse“ in der Sozialversicherung.

Die MU will das Bewusstsein für die Soziale Marktwirtschaft stärken und an allen weiterführenden Schulen ein Pflichtfach Wirtschaft und ein Pflichtfach Informatik/Programmieren einführen. Die berufliche Bildung soll dem Studium gleichgestellt werden, etwa durch die Übernahme von Prüfungsgebühren durch den Staat. Digitale Geschäftsmodelle sollen vor allem für kleine und



mittlere Unternehmen gefördert werden (Digitalbonus). Die MU fordert einen Bundesdigitalisierungsplan ähnlich dem Bundesverkehrswegeplan und ein Gütesiegel IT-Sicherheit.

Als Teil des Bürokratieabbaus werden automatische Verfallsdaten sowie eine Zustimmungspflicht und ein Rückholrecht des Parlaments bei Rechtsverordnungen vorgeschlagen. Die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sollen vereinfacht werden.

Eine reformierte EU soll sich auf die Bereiche Wirtschaft, Sicherheit und Außenpolitik konzentrieren. Die MU drängt auf die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und den Ausschluss der Haftung deutscher Steuerzahler für die Schulden anderer Länder (No-Bail-Out). Zudem tritt die Mittelstands-Union für ein Ende der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), eine strikte Trennung der EZB-Geldpolitik von der Bankenaufsicht sowie eine Neuge-



Dr. Thomas Brandlein, Birgit Rößle

wichtung der Stimmrechte im EZB-Rat entsprechend der Einlagenstärke ein. Eine europäische Einlagensicherung für alle Sparkonten in der EU wird abgelehnt.

Bayerns Finanzminister Markus Söder bekräftigte bei der MU-Klausur in Coburg die Forderung nach Steuerentlastungen für die Mittelschicht. Er sprach sich insbesondere für die Abschaffung des Solidaritätszuschlages sowie die Senkung der Einkommenssteuer für kleine und mittlere Ein-

kommen aus. „Deswegen ist unser Ziel, dass der Staat wieder Geld zurück gibt – gerade angesichts von Rekordsteuereinnahmen und einer gleichzeitigen Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die Sparer enteignet“, sagte Söder.

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner plädierte bei der MU-Klausur in Coburg für eine Modernisierung der gesetzlichen Arbeitszeitregelungen. „Die starren Tages- und Wochenarbeitszeiten werden einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft immer weniger gerecht. Wir brauchen dringend mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten.“ Aigner warf der SPD vor, mit falschen Zahlen Unfrieden zu stiften. Das führe zu einer Spaltung der Gesellschaft: „SPD-Kandidat Schulz betreibt Stimmungsmache durch fake news. Schulz will die Rolle rückwärts. Und zurück heißt Rekordarbeitslosigkeit, Insolvenzrekorde und Staatsschulden bis unters Dach.“

## Für Freihandel und gegen Protektionismus

Die MU tritt entschieden für offene Märkte, freien Handel und gegen Protektionismus ein. Schon die Bezeichnung Protektionismus ist falsch. Denn mit Protektionismus wird die Wirtschaft nur vermeintlich geschützt. In Wahrheit schadet Protektionismus allen Marktteilnehmern, da er mittel- und langfristig immer zu Arbeitsplatzabbau und sinkendem Wirtschaftswachstum führt. Das widerspricht damit allen wirtschafts- und finanzpolitischen Zielen, für die wir eintreten.

Deshalb gilt für uns – gerade bei den aktuellen Herausforderungen durch den neuen US-Präsidenten und den anstehenden Brexit – die Vorteile offener Märkte selbstbewusst aufzuzeigen und hartnäckige Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir sollten nicht auf die Drohungen mit protektionistischen Ankündigungen und Maßnahmen reagieren. Das würde zu einer Abschottungsspirale führen, bei der alle Beteiligten verlieren.

Für die MU gilt deshalb auch in der Zukunft: Freihandel ist und bleibt der einzig richtige Weg. Denn der freie Austausch von Gütern und Dienstleistungen führt zu mehr Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und erhöht den Wohlstand.

Dass für Bayern als auch für die USA Freihandel und offene Märkte unverzichtbar sind, zeigen die Statistiken unmissverständlich. So exportierten bayerische Unternehmen 2016 in die USA Waren im Wert von 20,5 Milliarden Euro. Das waren 11,2 Prozent aller bayerischen Exporte. Damit sind die USA für Bayern immer noch der wichtigste Handelspartner. Da uns viel an den guten transatlantischen Beziehungen liegt, sollte die bayerische Außenwirtschaft dieses ausgezeichnete Fundament nutzen, um die Handelsbeziehungen weiter auszubauen. Aber ebenso



gewinnt der Handel mit China für Bayern zunehmend an Bedeutung. 2016 exportierten Unternehmen von Bayern nach China Waren im Volumen von knapp 15 Milliarden Euro, was 8,2 Prozent des gesamten Exports der bayerischen Wirtschaft entsprach. Sowohl der chinesische Botschafter Shi Mingde als auch der MU-Vorsitzende Hans Michelbach, MdB, betonten in diesem Zusammenhang bei einem Treffen Ende März dieses Jahres, die guten Handelsbeziehungen weiter ausbauen zu wollen (siehe Foto).